

globalisierung_09

| oktober 2009



_wohlstandsgewinn durch
internationale arbeitsteilung

studie im auftrag des



INHALT

globalisierung_09

empirische analyse und qualitative
interviews verknüpft mit mikro- und
makroökonomischen wirtschaftsdaten

zahlen und fakten zu den auswirkungen
der globalisierung auf österreich:
_wohlstand und preise

| 04
_ DER INTENSIVE WELTHANDEL SORGT FÜR
NIEDRIGERE PREISE IN ÖSTERREICH – WIR
KÖNNEN UNS DADURCH MEHR LEISTEN

| 07
_ PREISENTWICKLUNG AUTO

| 09
_ LCD FERNSEHER

| 12
_ WASCHMASCHINE

wohlstandsgewinn durch die internationale
arbeitsteilung

DER INTENSIVE WELTHANDEL SORGT FÜR NIEDRIGERE PREISE IN ÖSTERREICH – WIR KÖNNEN UNS DADURCH MEHR LEISTEN

Ohne internationale Arbeitsteilung wären viele Produkte in Österreich erheblich teurer. Als Beispiel: Der Preis für ein Auto der Mittelklasse würde inklusive der Händlerspanne, inklusive aller Abgaben und Steuern mehr als Doppelt so hoch sein, wie der aktuelle Verkaufspreis.

Der Grund dafür sind die hohen Arbeitskosten in Österreich. Denn die hiesigen Firmen zahlen mehr Geld für Löhne sowie Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung der Mitarbeiter als in vielen anderen Ländern. Die höhere Produktivität in den heimischen Betrieben kann diesen „Standortnachteil“ nur bedingt wieder gut machen.

Die heutige Weltwirtschaft ist ein hochkomplexes Gebilde. Sie funktioniert mit einer starken Arbeitsteilung in flachen internationalen, nationalen und regionalen Produktionsnetzwerken, die wiederum über die Ebenen hinweg miteinander verknüpft sind.

Ein Beispiel macht den hohen Grad der Verflechtung der internationalen Produktion deutlich: So steckten in einem „amerikanischen“ Auto - gemessen am Wert - durchschnittlich mehr als 17 Prozent Teile und Technik aus Japan, 30 Prozent ergab die Montage in Korea, 7,5 Prozent steuerten deutsche Entwickler bei, 4 Prozent waren kleinere Teile aus Taiwan und Singapur, 2,5 Prozent entfielen auf britische Dienstleistungen.

Auf der ganzen Welt eilt Deutschland der Ruf voraus, gute Autos herzustellen. Doch viele Einzelteile eines Golf oder Mercedes kommen gar nicht aus Deutschland, sondern aus anderen Ländern, zum Beispiel aus Österreich, aber vor allem aus Osteuropa. Die Türen beispielsweise werden in Polen oder Tschechien hergestellt und in deutsche Fabriken geliefert, wo Monteure die Fahrzeuge zusammenbauen.

„Nur durch die Lieferung aus Osteuropa können wir uns es leisten, Autos in Deutschland überhaupt noch zu produzieren“, meint etwa der Deutsche Autoexperte Ferdinand Dudenhöffer.

Der Grund dafür sind die hohen Arbeitskosten im Euro-Raum. Die Arbeitskosten betragen in Deutschland 34 Euro die Stunde, in Österreich 33 Euro und in Osteuropa liegen sie bei nur acht Euro. In Niedriglohnländern wie China oder Indien betragen die Kosten für die Arbeitsstunde überhaupt nur 2 Euro. (Quelle:

Deutsches Bundesamt für Statistik; Arbeitskosten (Summe aus Bruttolohn und Lohnnebenkosten))

Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig die internationale Arbeitsteilung für die Wirtschaft ist. Könnten Unternehmen nicht in den Ländern produzieren, wo es für sie am günstigsten ist und wo die passenden Zulieferer sitzen, würden die Preise explodieren.

Wie viel teurer ein Produkt wäre, das nur in Österreich hergestellt werden würde, können viele Unternehmen nicht genau sagen. Für sie ist dies schwer zu berechnen, da oft viele Firmen aus verschiedenen Ländern an ihren Produkten mitarbeiten. Das Design für viele MP3-Player kommt beispielsweise aus den USA, der Akku stammt aus den Niederlanden, die Verkleidung aus Japan, die digitale Technik aus England. Zusammengebaut wird das Ganze häufig in China. Der Herstellerfirmen können dank der Globalisierung rund um den Globus die besten und billigsten Unternehmen beauftragen, ihnen die Einzelteile für das Gerät zu liefern. Ginge dies nicht, würde der Preis in die Höhe schießen.

Aus dem gleichen Grund wäre die komplette Produktion von Mobiltelefonen, LCD-Fernsehern, Waschmaschinen oder Spiele-Konsolen in Österreich unmöglich. Zudem gibt es hierzulande gar nicht so viele Hersteller, die z.B. Handytteile zuliefern könnten. Man müsste für die Entwicklung der vielen Einzelteile eines Handys erst einmal eigenes Know-how aufbauen, was viel Geld kosten würde. Für kein Unternehmen würde es sich dann noch lohnen, Handys zu produzieren. Sie wären schlicht so teuer, dass viele Menschen sich keines mehr leisten könnten – und damit würde sich auch für die Unternehmen die Produktion kaum noch lohnen.

Beliebte Dinge wie eine Playstation und vieles andere gäbe es ohne die weltweite Arbeitsteilung nicht mehr zu so günstigen Preisen und in solchen großen Mengen.

Sie wären nur noch für eine kleine Gruppe wohlhabender Leute erschwinglich. Viele andere Menschen müssten dann darauf verzichten, und deren Lebensstandard würde sinken.

icei-modell

Es zeigt sich, wie wichtig die internationale Arbeitsteilung für die Wirtschaft und unseren Wohlstand ist. Könnten Unternehmen nicht in den Ländern produzieren, wo es für sie am günstigsten ist und wo die passenden Zulieferer sitzen, würden die Preise explodieren.

Wie viel teurer ein Produkt wäre, das nur in Österreich hergestellt werden würde, können viele Unternehmen nicht genau sagen. Daher haben wir ein Modell entwickelt, um uns die Preisentwicklung näher anschauen zu können.

Das icei-Berechnungsmodell beruht auf den unterschiedlichen Anteilen der Wertschöpfung an dem entsprechenden Produkt, bereinigt durch die Arbeitsproduktivität in der betreffenden Region.

Während der „ausländische“ Wertschöpfungsanteil in drei Stufen reduziert wurde, wurde gleichzeitig der Österreichische Wertschöpfungsanteil erhöht (1/3 Österreich, 2/3 aus heimischer Produktion und schließlich 100% Made in Austria).

Beispiel Auto (Golfklasse)

Bei einem Auto aus dem gehobenen Kleinwagensegment und einem aktuellen Durchschnittslistenpreis von 20.000 Euro verteilt sich die Wertschöpfung derzeit wie folgt:

Durchschnittspreise Golfklasse	
	Euro 20.000
MwSt.bereinigt	16.667
Nova bereinigt	15.723
Handelspanne bereinigt	12.680
40% aus Niedriglohnländern	5.072
20% Euro Land	2.536
10% Österreich	1.268
30% Osteuropäische Staaten	3.804

Nach Abzug der Steuern und Abgaben haben wir den Grundpreis um die durchschnittlichen Händlerspannen (Quelle: Zahlen der Handelsstatistik des Statistischen Bundesamt, Wiesbaden) reduziert.

Die Durchschnittszahlen für die Wertschöpfungsanteile basieren auf Studien und Daten von Prof. Gotschalk, Prof. Dudenhöffer und dem Weltwirtschaftsinstitut in Kiel.

Auto (Golfklasse)						
20.000			H.Spanne	NOVA	MwSt.	Preissteigerung (%)
	1/3 Österreich	17.315	21.470	22.759	27.310	+37
	2/3 Österreich	29.334	36.374	38.557	46.268	+131
	Ganz aus Österreich	45.851	56.855	60.266	72.319	+262

Während der „ausländische“ Wertschöpfungsanteil in drei Stufen reduziert wurde, wurde gleichzeitig der Österreichische Wertschöpfungsteil erhöht (1/3 Österreich, 2/3 aus heimischer Produktion und schließlich 100% Made in Austria).

**Beispiel LCD Fernseher (Markengerät, Neue Generation)
(46 Zoll (117cm), HDMI, DVB T, DVB C...)**

Bei einem LCD Fernseher aus dem gehobenen Preissegment und einem aktuellen Durchschnittslistenpreis von 1.100 Euro verteilt sich die Wertschöpfung derzeit wie folgt:

Durchschnittspreise LCD Fernseher (Markengerät)	1.100
MwSt. bereinigt	917
Handelspanne bereinigt	711

81% aus Niedriglohnländern
8% Euro Land
0,5% Österreich
10,5% Osteuropäische Staaten

**LCD Fernseher (Markengerät, Neue Generation)
(46 Zoll (117cm), HDMI, DVB T, DVB C...)**

1.100				
	H.Spanne	MwSt.	Steigerung	Endpreis
1/3 Österreich	1.071	1.381	1.658	+51%
2/3 Österreich	1.898	2.449	2.939	+167%
Ganz aus Österreich	2.726	3.517	4.220	+284%

Der Verkaufspreis für einen LCD Fernseher würde, wenn alle Teile nur in Österreich gefertigt werden, von derzeit durchschnittlich 1.110 Euro auf 4.220 Euro oder satte 284 Prozent steigen.

Beispiel Waschmaschine (Markenprodukt, Energieklasse A, Waschwirkung A, ...)

Bei einer Waschmaschine mit einem aktuellen Durchschnittslistenpreis von 550 Euro verteilt sich die Wertschöpfung derzeit wie folgt:

Durchschnittspreise Waschmaschine	550
MwSt. bereinigt	458
Handelspanne bereinigt	355

55% aus Niedriglohnländern
7% Euro Land
3% Österreich
35% Osteuropäische Staaten

Waschmaschine
(Markenprodukt, Energieklasse A, Waschwirkung A, ...)

		H.Spanne	MwSt.	Steigerung Endpreis
1/3 Österreich	519	669	803	+46%
2/3 Österreich	879	1.134	1.361	+147%
Ganz aus Österreich	1.239	1.599	1.919	+249%

Der Verkaufspreis für eine Waschmaschine würde, wenn alle Teile nur in Österreich gefertigt werden, von derzeit durchschnittlich 550 Euro auf 1.919 Euro oder um 249 Prozent steigen.

Wohlstandsgewinn durch die Globalisierung

Beispiel Autopreise bei abnehmender Globalisierung



[icei | 2009]

Wohltandsgewinn durch die Globalisierung

Beispiel Preis eines LCD-Fernsehers bei abnehmender Globalisierung
(46 Zoll (117cm), HDMI, DVB T, DVB C...)

aktueller Preis
1.100 €

1/3 aus Österreich
1.700 €

2/3 aus heimischer Wertschöpfung
2.900 €

der gesamte Fernseher wird in Österreich produziert
4.200 €



neupreis bei
globalisierung in
abnehmende intensität

[icei | 2009]

Wohlstandsgewinn durch die Globalisierung

Beispiel Preis einer Waschmaschine bei abnehmender Globalisierung



↓
neupreis bei
globalisierung in
abnehmende intensität

[icei | 2009]

globalisierung_09

| oktober 2009



_zunehmender protektionismus
gefährdet österreichs exporte und
damit unseren wohlstand

INHALT

globalisierung_09

empirische analyse und qualitative
interviews verknüpft mit mikro- und
makroökonomischen wirtschaftsdaten

zahlen und fakten zu den auswirkungen
der globalisierung auf österreich:
_arbeitsplätze

| 04
_PROTEKTIONISMUS GEFÄHRDET
WOHLSTAND UND HEIMISCHE
ARBEITSPLÄTZE

| 05
_INTERNATIONALISERUNG -
AUSWIRKUNG DER GLOBALISIERUNG AUF
DIE WERTSCHÖPFUNGSSTRATEGIE DER
HEIMISCHEN UNTERNEHMEN

| 11
_DIE WIRTSCHAFTSKRISE BEFLÜGELT DEN
STAATLICHEN PROTEKTIONISMUS

protektionismus gefährdet wohlstand und
heimische arbeitsplätze

STAATLICHER PROTEKTIONISMUS BEDROHT DIE ÖSTERREICHISCHE WIRTSCHAFT

Die Stimmung in der Wirtschaft hat sich im September erwartungsgemäß verbessert. Getrieben wird die Erholung wieder vom Export. Doch der weltweite Protektionismus könnte dem Aufschwung noch einen Strich durch die Rechnung machen.

Getrieben wird die Wirtschaftserholung wie in der Vergangenheit von der Nachfrage aus dem Rest der Welt. Die einbrechenden Exporte haben auch am Beginn der Krise die Wirtschaft in das Konjunkturtal gerissen. Im Aufschwung allerdings treiben die anziehenden Ausfuhren die Wirtschaftsleistung wieder an.

Die Erholung kann sich, da sind sich die Konjunkturexperten von IHS und WIFO einig, bis weit in das kommende Jahr fortsetzen; Voraussetzung ist allerdings, dass der Welthandel nicht beginnt zu schwächeln.

Umso alarmierender, dass Staaten weltweit neue Handelsbarrieren errichten und die USA und China sich für einen Handelskrieg rüsten. Ein aufflammender Protektionismus wäre ein Schlag für den Welthandel und könnte die Konjunkturerholung abwürgen. In den 30er-Jahren hatten vor allem die neu errichteten Handelshemmnisse dafür gesorgt, dass aus einer schweren Wirtschaftskrise eine tiefe Depression wurde.

AUSWIRKUNG DER GLOBALISIERUNG AUF DIE WERTSCHÖPFUNGSSTRATEGIE DER HEIMISCHEN UNTERNEHMEN

Die heutige Weltwirtschaft ist ein hochkomplexes Gebilde. Sie funktioniert mit einer extremen Arbeitsteilung mit langen, feingespinnenen Produktionsnetzwerken.

Durch die weiter zunehmende globale Vernetzung von Wirtschaft und Politik wird auch die weltweite Aufspaltung von Wertschöpfungsprozessen der Unternehmen in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

Für unsere Studie haben wir die international tätigen Unternehmen in Österreich (2004 – 2008) untersucht.

International tätige Unternehmen

Der Begriff „International tätiges Unternehmen“ wurde dabei durch folgende Merkmale definiert, die entweder einzeln oder kumuliert vorliegen mussten:

- _eine Exportquote von über 10%
- _der Import von Vorprodukten größer als 10%
- _der Verlagerung von Teilen der Wertschöpfungskette ins Ausland.

Um ein möglichst großes Spektrum an Betrieben zu bekommen, die durch die Internationalisierung der Wirtschaft betroffen sind, wurden die Schwellenwerte der Kriterien bewusst sehr tief angesiedelt.

52 Prozent sind international tätig

52 Prozent der österreichischen Betriebe sind nach obiger Definition international tätig.

Die Anzahl der Beschäftigten, die in Unternehmen arbeiten, die international tätig sind, übersteigt die Anzahl derer, die in Unternehmen ohne internationale Tätigkeit arbeiten. Es sind 1,575 Mio Beschäftigte oder 52 Prozent (2007: 49,6%) der Unternehmen international tätig, während 1,456 Mio oder 48% in national tätigen Unternehmen arbeiten (2007: 50,4%).

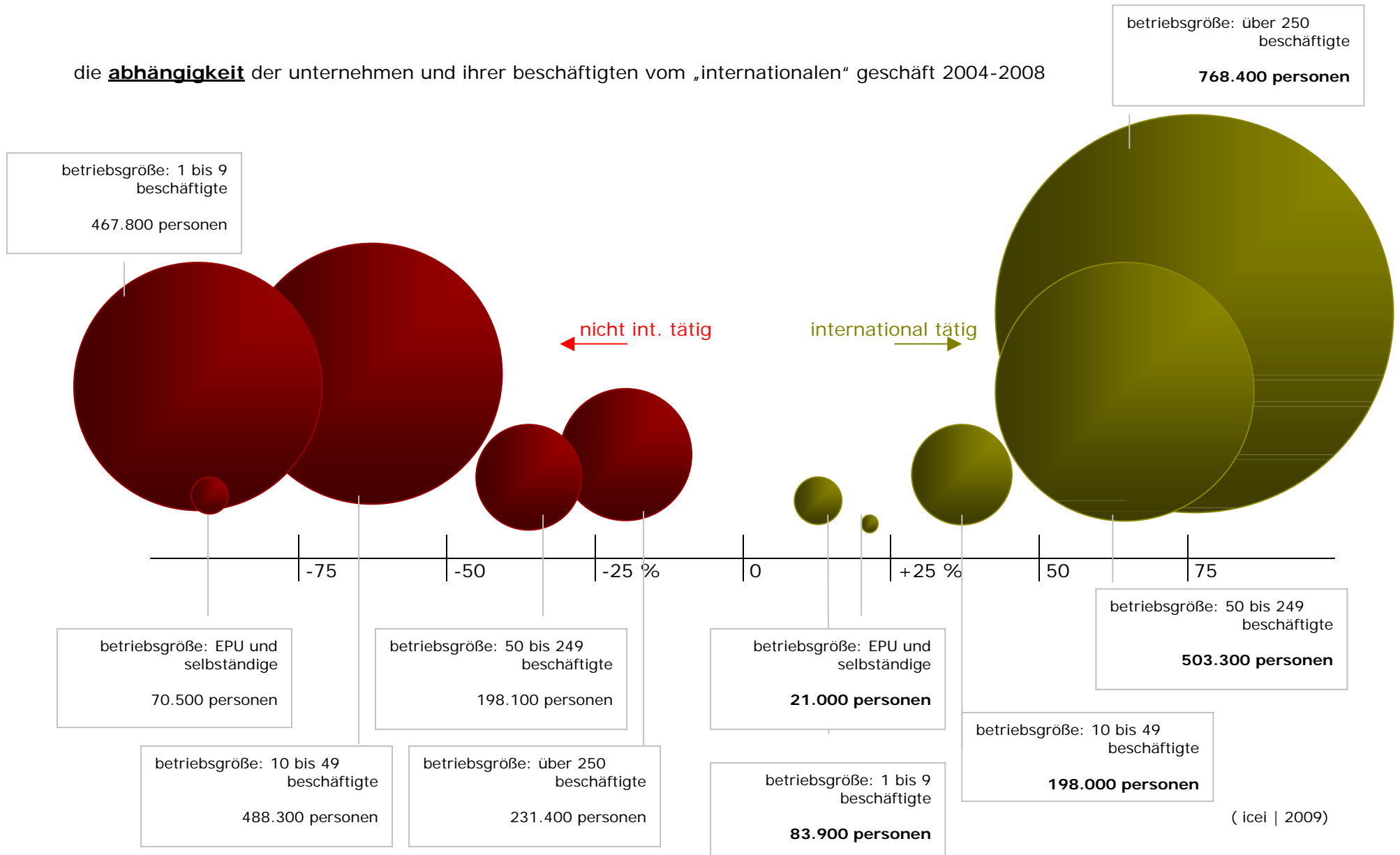
Verteilung der international tätigen Unternehmen auf die Betriebsgrößen und die Beschäftigten

	NICHT Int. T. (%)	Int. Tätig (%)	NICHT Int. T. beschäftigte	Int. Tätig beschäftigte
Selbständig	77	23	70.466	21.020
1-9 Beschäftigte	85	15	467.806	83.888
10-49 Beschäftigte	71	29	488.332	197.977
50-249 Beschäftigte	28	72	198.114	503.330
über 250 Beschäftigte	23	77	231.370	768.418
Insgesamt	48	52	1.456.089	1.574.633

Quelle: icei 2009

Es zeigt sich der Grundsatz: je größer die Unternehmen sind, um so höher ist der Anteil der international tätigen Betriebe. Mit einer Ausnahme: EPU´s und Selbständige sind stärker international orientiert als Betriebe mit bis zu 9 Beschäftigten.

die **abhängigkeit** der unternehmen und ihrer beschäftigten vom „internationalen“ geschäft 2004-2008



Befragte waren die „Entscheidungsträger“ in österreichischen Unternehmen und Selbständige der ÖNACE-Abschnitte C-K (Gewerbliche Wirtschaft) der Statistik Austria basierend auf den Zahlen des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger.

Stichprobe

Die Stichprobengröße betrug insgesamt 903 Personen im Befragungszeitraum 23. – 31. Woche 2009.

Verteilung der Stichprobe

Unternehmensverteilung		Stichprobengröße
	%(inkl.Selbst.)	903
Selbständig	3,0	27
1-9 Beschäftigte	18,2	164
10-49 Beschäftigte	22,6	204
50-249 Beschäftigte	23,2	209
über 250 Beschäftigte	33,0	298

Befragungsart:

_CASI bzw. CAPI

Zusätzlich zur Befragung wurden 41 Interviews mit Entscheidungsträger der Wirtschaft durchgeführt.

AUSWIRKUNGEN DER INTERNATIONALISIERUNG AUF DIE HEIMISCHEN ARBEITSPLÄTZE

Trotz Wirtschaftskrise und betrieblichen Auslagerungen steigt Beschäftigung im Verhältnis 1:1,55

Obwohl mit Teilen der Wertschöpfung auch Arbeit ins Ausland verlagert wurde, stieg im Saldo die heimische Beschäftigung bei den international tätigen Unternehmen.

Für den Zeitraum 2004-2008 gilt ein Verhältnis von 1,55: d.h. für jeden Job in der Produktion, der aus Österreich verlagert wird, werden 1,55 neue Arbeitsplätze in diesen Unternehmen in Österreich geschaffen.

Der Faktor hat sich im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung fast halbiert. Im letzten Jahr wurde der Zeitraum 2003 bis 2007 untersucht und ein Arbeitsplatzfaktor von 2,7 ermittelt. Grund für den starken Rückgang war vor allem die einsetzende Wirtschafts- und Finanzkrise verbunden mit dem Einbruch der heimischen Exporte. Gleichzeitig wurden aber auch mehr Jobs im Inland abgebaut oder ins Ausland verlagert.

Wie die Ergebnisse zeigen haben die „globalisierten“ heimischen Betriebe, trotz Krise und zu letzt wieder steigenden Outsourcing Zahlen, ihren Mitarbeiterstand in Österreich in den vergangenen fünf Jahren nicht verringert, sondern sogar leicht ausbauen können.

Als Ursache gaben die befragten Entscheidungsträger – wie schon in den letzten Jahren - vor allem das gestiegene Wachstum auf Grund der verbesserten Wettbewerbsposition an.

Bei der Verlagerung von Teilen ihrer Wertschöpfungskette ins Ausland nutzen Unternehmen unterschiedliche internationale Kosten- und Qualifikationsstrukturen des Faktors Arbeit aus – mit dem Ziel, die Produktionseffizienz zu steigern.

In den letzten 5 Jahren sind so durch die Globalisierung in den international tätigen Unternehmen circa 80.000 Arbeitsplätze entstanden. Die Zahl der durch in das Ausland „verlagerten“ Jobs beträgt durchschnittlich 9.000 Arbeitsplätze pro Jahr (insgesamt ca. 45.000 in den letzten 5 Jahren).

Obwohl 22% oder 336.700 Menschen in internationaltätigen Betrieben in Österreich arbeiten, die bereits Offshoring-Aktivitäten gesetzt haben, waren nur 2,4 Prozent der Beschäftigten tatsächlich von Verlagerungen betroffen.

Nimmt man als Maßstab nicht die Beschäftigten in international tätigen Unternehmen, sondern die durchschnittlich Beschäftigten aller Betriebe Österreichs, so sinkt der Anteil auf 1,2 Prozent.

Quervergleich:

Die nachfolgenden Studien kommen mit unterschiedlichen Studienaufbau zu vergleichbaren Ergebnissen, wie diese aktuelle Untersuchung.

- WIFO Teilstudie Exporte zum „Weissbuch Beschäftigung“ [2006]
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag [2005]
- Wissenschaftlichen Hochschule für Unternehmensführung Koblenz WHU
- Studie OeNB Österreichische Direktinvestitionen [2005]
- EU-Kommission: Rising International Economic Integration: Opportunities and Challenges; The EU Economy 2005 Review ECFIN [2005]
- Studie McKinsey & Technische Universität Darmstadt: Expansion im Ausland bringt Jobs im Inland. Internationales Wachstum ist der Schlüssel zur Sicherung von Arbeitsplätzen. [2003]
- IMF Policy Discussion Papers: Globalisation: Facts and Figures [2001]

DIE WIRTSCHAFTSKRISE BEFLÜGELT DEN STAATLICHEN PROTEKTIONISMUS

Die globalisierte Wirtschaft ist stärker als je zuvor vernetzt. Die Exportnation Österreich hat davon in den letzten Jahren stark profitiert. So übertragen sich aber auch Schocks schneller als je zuvor. Der Nachfrageausfall in Amerika hatte einen Dominoeffekt auf Exporteure in der ganzen Welt zur Folge. Das forderte Opfer quer über Kontinente und entlang der ganzen Wertschöpfungsketten.

Die heutige Weltwirtschaft ist ein hochkomplexes Gebilde. Sie funktioniert mit einer extremen Arbeitsteilung mit langen, feingesponnenen Produktionsnetzwerken. Wenn protektionistische Tendenzen zum „Schutz der heimischen Wirtschaft und den Arbeitsplätzen“ weiter zunehmen, wäre dies, wie die Geschichte lehrt, "extrem schädlich" für alle Volkswirtschaften.

Ein aufflammender Protektionismus wäre ein Schlag für den Welthandel und könnte die gerade beginnende Konjunkturerholung wieder abwürgen. In den 30er-Jahren hatten vor allem die neu errichteten Handelshemmnisse dafür gesorgt, dass aus einer schweren Wirtschaftskrise eine tiefe Depression wurde.

Die Welthandelsorganisation (WTO), die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sowie die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (Unctad) haben eine diesbezügliche Warnung an die Teilnehmer des G-20-Gipfels Ende September in Pittsburgh gerichtet. Die führenden Handelspartner der G 20 sollten keine weiteren Beschränkungen verhängen, heißt es in dem Bericht.

In seinem Protektionismus-Bericht registriert WTO-Generaldirektor Pascal Lamy seit Anfang März 2009 nicht weniger als 83 neue Handelsbeschränkungen. Die Behinderungen können unterschiedliche Formen annehmen, von höheren Zöllen über längere Einfuhrdokumente bis hin zu echten Verboten. Die Zahl der registrierten Handelserleichterungen beträgt dagegen nur 36. Darunter sind überraschenderweise viele Länder aus der Dritten Welt.

Nach den Daten der Welthandelsorganisation haben 30 ihrer 153 Mitgliedstaaten staatliche Konjunkturprogramme auf den Weg gebracht. 19 Länder unterstützen Banken, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise in Schwierigkeiten geraten sind. Die WTO sieht in den staatlichen Stützungen grundsätzlich einen Beitrag zur Wiederbelebung des Handels. Allerdings äußert sie zwei Sorgen. Erstens könnten sich Konjunkturprogramme mit einer Bevorzugung nationaler Anbieter ("Buy local")

verbinden. Zweitens drohe die Gefahr, dass staatliche Stützen weiterbestehen, auch wenn die Krise abebbt. Dies zeige sich gerade in der jetzigen Situation.

Zudem stellt die WTO einen starken Anstieg von "Anti-Dumping-Initiativen" fest, bei denen sich Staaten gegen vermeintliche Niedrigpreise aus dem Ausland wehren, in vielen Fällen aber nur ihre heimische Wirtschaft schützen wollen. Schon im vergangenen Jahr war die Zahl der Untersuchungen um 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

CHINA

Zuletzt hatten westliche Firmen darüber geklagt, bei Aufträgen in China nicht zum Zuge gekommen zu sein - etwa bei milliardenschweren Ausschreibungen für Windkraftanlagen. Die Anweisung Pekings, Aufträge im Rahmen des 4 Billionen (423 Milliarden Euro) schweren Konjunkturpaketes in erster Linie chinesischen Unternehmen zukommen zu lassen, schlägt Wellen.

Schon Ende März war die Richtlinie erlassen worden, erst nach dem Sommer wurde sie auf die Internetseiten mehrerer Ministerien gestellt. Demnach muss die öffentliche Hand immer chinesische Produkte und Dienstleistungen kaufen. Ausnahmen sind nur zulässig, wenn entsprechende Produkte entweder nicht angeboten werden oder aus kaufmännischen oder rechtlichen Gründen nicht zu erwerben sind. Völlig offen aber ist, ob die Direktive nur auf einzelne Branchen oder Produkte angewendet wird, wie etwa Stahl.

USA

Auch in Amerika fällt es europäischen Anbietern zunehmend schwer, an Regierungsaufträge aus den neuen Konjunkturpaketen zu kommen. Das Konjunkturpaket über fast 800 Milliarden Dollar, das der amerikanische Kongress auf Drängen von Obama im Februar beschlossen hat, enthält eine "Buy American"-Klausel.

Demnach müssen Güter, die mit Geld aus dem Konjunkturprogramm bezahlt werden, beispielsweise für Infrastrukturprojekte, aus amerikanischer Produktion stammen. Das Gesetz ist allerdings sehr vage gehalten. Zahlreiche Unternehmen, etwa in der Bauwirtschaft, verzichten gänzlich auf ausländische Zulieferungen, um sicherzugehen, nicht gegen das Gesetz zu verstoßen.

Einige südamerikanische Staaten wie Argentinien und Brasilien haben die Einfuhrabgaben auf mehr als 500 Güter teilweise erheblich angehoben. Besonders um die metallverarbeitenden Industrien mit ihren vielen Arbeitsplätzen werden weltweit hohe Schutzwälle gezogen: Etwa in der Türkei, wo im Jänner Einfuhrzölle für verschiedene Eisenprodukte auf 15 Prozent verdreifacht wurden. Aber auch Ägypten, Indien, Indonesien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Vietnam haben Zölle für Stahl erhöht oder neu eingeführt.

RUS

Russland, das unter der weltweit wegbrechenden Nachfrage nach Öl, Gas und Rohstoffen leidet, erhöhte die Einfuhrzölle für Stahl, Autos und Lkw zeitweise auf bis zu 30 Prozent, um die eigene Produktion zu schützen.

Die Automobilbranche zählt neben der Raum- und Luftfahrt, der Atomenergie und dem Schiffsbau zu den Wirtschaftsbereichen, die der russische Staat besonders fördert, auch um die Wirtschaft von der Rohstoffabhängigkeit zu befreien. Hinzu kommt der Schutz von Arbeitsplätzen in regional bedeutenden Unternehmen. Industriepolitik auf Russisch heißt meistens die Konsolidierung der Unternehmen in einer staatlichen Struktur, um sie auf den Wettbewerb in der Welt vorzubereiten. Flankiert wird das Vorgehen mit protektionistischen Maßnahmen und Kontrollen für die Beteiligung ausländischer Investoren an russischen Unternehmen, die von der Regierung als strategisch wichtig erachtet werden. Ziel ist es, die Wertschöpfung im Land zu behalten. Der stellvertretende Ministerpräsident Sergej Iwanow nennt das einen "vernünftigen staatlichen Protektionismus". Schon warnen Vertreter des Internationalen Währungsfonds, der Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation WTO werde nicht mehr vorangetrieben.

In der Autoindustrie äußert sich die Industriepolitik zweifach: Einerseits werden internationale Fahrzeughersteller durch gestaffelte Importzölle für Autos und Autoteile "angelockt", in Russland zu produzieren. Konzerne wie Ford, Hyundai, Volkswagen, Toyota, General Motors und zuletzt Nissan haben in einer von Überkapazitäten geprägten Industrie Fabriken auf die grüne Wiese gestellt, andere lassen bei lokalen Partnern produzieren. Andererseits sollen die heimischen Produzenten gestärkt werden. In den vergangenen Jahren haben Lada & Co. jedoch sukzessive Marktanteile an die attraktivere ausländische Konkurrenz verloren. Eine ähnlich geringe Wettbewerbsfähigkeit haben auch die russischen Zulieferer. Mit der Krise hat sich die Lage der schwachbrüstigen russischen Hersteller verschlechtert. Kurzfristige Programme wie die Vergabe günstiger Kredite, Staatsbürgschaften,

Staatsaufträge, staatliche Zuschüsse beim Autokauf sowie die Erhöhung der Importzölle für neue und gebrauchte Wagen wurden initiiert, um die heimischen Produzenten zu unterstützen; es kam förderlich die Rubelabwertung hinzu.

Langfristig ist aber für die russische Regierung klar: Ohne ausländische Partner für die maroden russischen Anbieter ist das Ziel, einen Weltkonzern mit russischer Beteiligung aufzubauen, nicht erreichbar. Lada-Hersteller Awtowas, Russlands größter Autokonzern, holte sich Ende 2007 mit Renault einen Partner, der mit 25 Prozent plus einer Aktie beteiligt ist. GAZ, dem zweitgrößten Fahrzeughersteller, kaufte die Regierung über die Sberbank nun einen Partner, der eine starke Marke und Technologie einzubringen hat. Die Vorzüge, die GAZ für sich reklamiert - Zugang zum russischen Markt und ein ausgebautes Händlernetz -, dürften aber nicht so attraktiv sein, sonst hätte das Unternehmen schon einen Partner gefunden. Statt die Rahmenbedingungen zu verbessern, setzt die russische Regierung auf eine gezielte Unterstützung von Unternehmen durch Lobbymacht.

Auch in Australien sollen Zölle die eigene Wirtschaft schützen. Die Regierung des Bundesstaates New South Wales hat ein Gesetz erlassen, das auf einen Zoll in Höhe von 20 Prozent für den Einkauf ausländischer Waren hinausläuft. Die Regelung sieht vor, dass das Bundesland mit seiner Metropole Sydney den Bedarf der öffentlichen Hand für rund 4 Milliarden Australische Dollar (knapp 2,3 Milliarden Euro) jährlich national decken soll.

Die Beamten des Bundeslandes sind dazu gehalten, australische Angebote so zu werten, als böten sie einen Preisvorteil von 20 Prozent. Das Programm "lokale Arbeitsplätze zuerst" hat Eric Roozendaal, der Finanzminister von New South Wales, offiziell vorgestellt. Australiens Bundesregierung in Canberra reagierte verärgert. "Anderen Ländern sagen wir, sie sollten das unterlassen, und wir machen es selber", ärgerte sich Handelsminister Simon Crean. Schon haben Amerika und die EU um Aufklärung gebeten.

In der Weltwirtschaftskrise nach 1929 hatte eine Welle von protektionistischen Zollgesetzen den Handel und die wirtschaftliche Erholung behindert.

Berüchtigt ist der Smooth-Hawley-Act von 1930, der auf mehr als 20.000 Produkte Zölle in Rekordhöhe verhängte.

Die instinktive Versuchung ist groß und verständlich, auf einen Einbruch der Wirtschaft mit protektionistischen Maßnahmen zu reagieren; diese Versuchung hält aber einer ökonomischen Analyse nicht stand.

In den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts haben einzelne Länder versucht, "Arbeitsplätze zu sichern", indem sie Zollmauern errichteten und einen Abwertungswettlauf starteten. Allerdings haben andere Länder bald nachgezogen. Das Ergebnis war, dass jeder mögliche - kurzfristige - Beschäftigungsgewinn durch Einbußen aufgewogen wurde und die Produktivität der Volkswirtschaften abnahm. Schon während des Ersten Weltkriegs waren die Zölle und Quoten verschärft worden; in den zwanziger Jahren jedoch wurden sie allgemein wieder gelockert, allerdings nicht auf die niedrigen Niveaus der Zeit vor dem Krieg zurückgeführt. 1930 erließen die Vereinigten Staaten den Smoot-Hawley-Zoll. Dieser erhöhte die Zölle sowohl auf Industrie- als auch auf Agrargüter auf das höchste Niveau seit dem Bürgerkrieg.

Kaum war das geschehen, folgten andere Länder und erhöhten ihrerseits die Zölle, verschärften die Handelsquoten und werteten ihre Währungen ab. Kanada, Frankreich, Italien, Spanien und die Schweiz waren bei dieser ersten Welle dabei. Zahlreiche Länder führten Devisenkontrollen ein. Selbst das Vereinigte Königreich, die Bastion des Freihandels im neunzehnten Jahrhundert, erhob einen Zollsatz von zehn Prozent auf viele Güter. 1932 war in Europa einzig allein Irland verblieben, das noch nicht auf die Welle des Protektionismus aufgesprungen war, bis auch dieses Land schließlich mitmachte. Deutschland hatte nicht nur die Zölle angehoben, sondern war zudem zu bilateralen Handelsabkommen übergegangen.

Im Jahr 1932, so wird geschätzt, betrug das Volumen des Exports in der Welt nur noch 39 Prozent des Niveaus von 1929. All dies verschärfte die Effekte der Einkommensverluste während der Großen Depression.

Im 21. Jahrhundert wäre dieser Effekt - falls es zu einer neuen protektionistischen Welle käme - noch viel stärker ausgeprägt. Die Risiken sind heute größer, weil die Wertschöpfungsketten über viel mehr Länder integriert sind. Die meisten Produzenten kaufen ihre Materialien und Komponenten von vielen Quellen, die

geographisch weit verteilt sind. Protektionismus vermindert die Produktivität der auf Vorprodukte angewiesenen Industrien.

Zudem könnte man Sorge haben, ob die Verbraucher ihre Ausgaben kürzen und mehr sparen, wenn die Preise von Importgütern steigen, weil sie mit Zöllen belegt werden. Damit würde die inländische Nachfrage schwächer, was die möglichen kurzfristigen Gewinne einer protektionistischen Politik nochmals verminderte.

Obwohl das Ausmaß der erwähnten protektionistischen Maßnahmen bislang noch relativ gering ist, deuten sie darauf hin, wie stark der öffentliche Druck inzwischen ist, unter dem die Politik steht.

i ce i
internationales central europa institut wien

_ verdichtetes wissen für strategieentwicklung und entscheidungsprozesse

[c] 2009 | internationales central europa institut wien
www.iceinstitut.eu

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit
schriftlicher Genehmigung des icei.